



## Antrag

der Abgeordneten **Ralf Stadler, Harald Meußgeier, Gerd Mannes** und **Fraktion (AfD)**

### **Verbesserung der Chancen der bayerischen Schweinhalter – Regionale Landwirtschaft stärken, Existenz sichern, Versorgung gewährleisten**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- sich auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene für eine deutliche Reduzierung der bürokratischen Belastungen für Schweinhalter einzusetzen,
- alle landesrechtlichen Verschärfungen, die über geltendes EU-Recht hinausgehen, im Bereich der Schweinehaltung auszusetzen bzw. zurückzunehmen,
- ein bayerisches Investitionsförderprogramm zur Modernisierung von Schweineställen aufzulegen, das insbesondere kleine und mittlere Betriebe unterstützt,
- sich gegen weitere Verschärfungen der Haltungs- und Dokumentationsauflagen einzusetzen,
- regionale Vermarktungsstrukturen und Schlachtkapazitäten in Bayern gezielt zu stärken,
- die Stallumbauprogramme praxistauglich und unbürokratisch auszugestalten,
- einen bayerischen „Zukunftsdialog Schweinehaltung“ unter Einbeziehung von Praktikern, Verbänden und Wissenschaftlern einzuberufen.

### **Begründung:**

Die Schweinehaltung in Bayern befindet sich seit Jahren in einer strukturellen Krise. Steigende Energie- und Futterkosten, verschärfte gesetzliche Auflagen, zunehmende Dokumentationspflichten sowie internationaler Wettbewerbsdruck führen zu einem fortschreitenden Höfesterben. Besonders betroffen sind familiengeführte Betriebe im ländlichen Raum.

Während die gesellschaftlichen Anforderungen an Tierwohl und Umweltstandards kontinuierlich steigen, haben die Preise für Schweinefleisch in den letzten Monaten dramatisch nachgegeben. Im Februar 2026 wurden nur noch Preise von ca. 1,50 Euro bis 1,55 Euro/kg Basispreis (VEZG-Referenz (VEZG = Vereinigung der Erzeugergemeinschaften für Vieh und Fleisch)) notiert – das zeigt eine klare Abwärtsbewegung gegenüber dem Sommerhoch von 2,43 Euro/kg in 2024.

Es fehlen zudem verlässliche wirtschaftliche Rahmenbedingungen. Einerseits soll dem Ruf nach mehr Tierwohl Genüge geleistet werden, andererseits sind die Verfallszeiten für gesetzliche Regelungen für Um- und Neubauten immer kürzer, sodass keine langfristige Planungssicherheit für Investitionen – meist im Millionenbereich – existiert. Einen großen Strukturbruch wird es zudem für Ferkelerzeuger mit der Frist für den Umbau des Abferkelbereiches geben.

Die Anforderungen des Lebensmitteleinzelhandels bestimmen mehr und mehr die Agenda – gleichzeitig steigt die Abhängigkeit der Fleischerzeuger, zumal oft nur kurzlaufende Lieferverträge vergeben werden.

Nationale Sonderwege gegenüber EU-Standards verschlechtern die Wettbewerbsfähigkeit bayerischer Betriebe zusätzlich. Gleichzeitig wird Fleisch aus Ländern importiert, die deutlich geringere Standards aufweisen. Insbesondere durch das geplante MERCOSUR-Abkommen droht zusätzlicher Preisdruck.

Diese Entwicklung gefährdet die regionale Wertschöpfung, die Versorgungssicherheit mit heimischen Lebensmitteln, Arbeitsplätze im ländlichen Raum sowie die über Generationen gewachsene bäuerliche Struktur.

Eine ideologisch getriebene Agrarpolitik auf Bundes- und EU-Ebene darf nicht weiter zur Zurückdrängung der heimischen Landwirtschaft führen. Stattdessen braucht es Planungssicherheit, Investitionssicherheit, Bürokratieabbau und eine konsequente Stärkung regionaler Kreisläufe.

Bayern muss seine landwirtschaftlichen Familienbetriebe aktiv schützen und ihnen eine wirtschaftliche Perspektive geben. Eine starke heimische Schweinehaltung ist Voraussetzung für Ernährungssouveränität, Tierwohl nach hohen Standards und florierende ländliche Räume.